

Win-Win nach Gaddafis Mustern

Unter Muammar al-Gaddafi ging man auf dem libyschen Festland und auf See rigoros gegen Migrantinnen und Migranten vor. Auch nach dem Sturz Gaddafis wird Libyen der EU als Türsteher zur Verfügung stehen. Von Christian Jakob



Montage: Matthias Weinzierl

Bunga Border
Guten Freunden gibt man ein Grenzchen

Für Europa hat der libysche Rebell Muhamad Ben Dala großes Verständnis. „Der Westen war schlau. Er hat sich immer die Sieger als Verbündete ausgesucht, weil er eben seine Interessen schützen muss. Das können wir ihm nicht vorwerfen“, sagt der Chirurg. Im Februar kamen Muhamad Ben Dala und sein Freund Miftah Saeid nach Berlin. Im Aufstand hatten sie gegen Gaddafi gekämpft, Waffen geschmuggelt und in Lazaretten Verwundete versorgt. Jetzt stellen sie „Win or die“ vor, einen Film über ihre Revolution, die den Diktator Muammar al-Gaddafi im Vorjahr weggefegt hatte. Für subsaharische Flüchtlinge haben Ben Dala und Saeid weniger Verständnis. Auf die Frage, inwieweit das Libyen ohne Gaddafi auch mehr Freiheit für Transitmigrantinnen und -migranten bedeuten könnte, hatten sie eine klare Antwort: Auch das neue Regime werde der EU als Türsteher zur Verfügung stehen. Der Unterschied sei, dass nun das ganze libysche Volk von der Zusammenarbeit profitieren solle: „Was wir jetzt wollen, das ist eine Win-Win-Situation – für ganz Libyen und den Westen. Vorher hat nur Gaddafi gewonnen, wenn es Abkommen mit dem Westen gab.“

„Enge Kooperation“ zwischen Italien und dem libyschen Übergangsrat

Am 12. April, der Bürgerkrieg war da gerade acht Wochen alt, der Diktator sollte noch fast ein halbes Jahr im Amt bleiben, trafen sich in Brüssel die EU-Außenminister. Es war die Zeit, in der Gaddafi aus Rache am Westen den Zugang zum Mittelmeer freigegeben hatte. Immer wieder stachen, vor allem aus der Region um die Hafenstadt Misrata, meist voll besetzte Boote mit Papierlosen in See. Sie versuchten die Strände Maltas oder Italiens zu erreichen, die Preise für die Passage sanken auf einen Bruchteil der Tarife, die die Fluchthelferinnen und -helfer verlangt hatten, als Gaddafi die Küste noch dicht zu halten versuchte. Über 1.500 Menschen sind Schätzungen zufolge mindestens bei den Überfahrten gestorben, wahrscheinlich waren es noch deutlich mehr. Die EU-Außenminister verabschiedeten eine Erklärung. „Angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen, die an ihren südlichen Küsten ankommen, ist die EU bereit, ihre Solidarität mit den Mitgliedstaaten, die von dieser Entwicklung am unmittelbarsten betroffen sind, konkret zum Ausdruck zu bringen“, heißt es darin. Schon Wochen zuvor hatten Italien und die EU-Grenzschutzagentur Frontex im zentralen Mittelmeerraum die

gemeinsame Operation „Hermes 2011“ gestartet, um Italien dabei zu „unterstützen, die gegenwärtigen und mögliche künftige Migrationsströme aus Nordafrika zu bewältigen“. 14 Mitgliedstaaten stellten Personal oder technische Ausrüstung zur Verfügung. Doch die Erfolge reichten der EU nicht. Es gelang einigen Tausend Papierlosen, Lampedusa zu erreichen.

Für die Grenzschützerinnen und Grenzschützer war klar, dass eine derart effektive Abschottung, wie sie ihnen vorschwebte, nur möglich sein würde, wenn die Rebellen fortsetzten, was Gaddafi für die EU seit Jahren geleistet hatte: den Zugang zu den libyschen Küsten zu verschließen. Am 14. April, nur zwei Tage nach dem Ministertreffen, eröffnete EU-Außenkommissarin Catherine Ashton in Bengasi das erste Verbindungsbüro der EU. Die diplomatische Annäherung blieb nicht ohne Wirkung. Zwei Monate später, am 17. Juni, unterzeichneten der Vorsitzende des Nationalen Übergangsrats der Rebellen in Bengasi, Mahmud Dschibril, und der italienische Außenminister Franco Frattini in Neapel ein Abkommen zur „gegenseitigen Hilfe beim Flüchtlingsproblem“. Dieser sah einen „Informationsaustausch über illegale Migration und Schleuserbanden“ sowie die „Zusammenarbeit bei der Rückführung von Flüchtlingen“ vor. Die Übereinkunft zeige, „wie eng die Kooperation zwischen Italien und dem Übergangsrat sei“, sagte Frattini.

Berlusconi: „Weniger Flüchtlinge, mehr Öl“

Italien war seit langem der Brückenkopf für die Kooperation zwischen dem europäischen Grenzregime und Libyen. Die Bremer Ethnologin Silja Klepp hat die Geschichte dieser Kooperation erforscht. Sie reicht zurück in die Zeit, als Libyen noch offiziell als „Schurkenstaat“ galt. Damals war das Land politisch isoliert. Dennoch nahm die italienische Regierung in den späten 1990er Jahren erste informelle Gespräche mit Gaddafi auf. Im Dezember 2000 konnte in Rom das erste Abkommen unterzeichnet werden; neben Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung ging es um die „Eindämmung irregulärer Migration“. In den folgenden Jahren trafen italienische und libysche Spitzenpolitiker häufig zusammen, Rom bereitete so der Rehabilitation Gaddafis langsam den Weg. 2003 schließlich hob die UNO ihre Sanktionen gegen

Libyen auf, 2004 zog die EU nach. Die Zusammenarbeit kam in Fahrt: „Abschiebeflüge von Migranten aus Libyen, Haftzentren für Migranten, technische Unterstützung zur

Auf dem Höhepunkt der italienisch-libyschen Kooperation flog Italien über 4.000 Migrantinnen und Migranten direkt von der Insel Lampedusa nach Libyen zurück

besseren Überwachung der libyschen Grenzen und Ausbildungshilfen für Sicherheitsbeamte wurden mit italienischen Geldern in Libyen finanziert,“ schreibt Klepp. Ein Höhepunkt der Kooperation sei 2004/2005 erreicht worden: Damals flog Italien über 4.000

Migrantinnen und Migranten direkt von der Insel Lampedusa nach Libyen zurück.

Auf See ging man rigoros gegen die Migrantinnen und Migranten vor. Der südafrikanische Politologe Richard Pithouse beschreibt

die Praktiken so: „Wenn die italienische Marine sie abfängt, werden sie oft mit Knüppeln und Elektroschock-Schlagstöcken aus den Booten geprügelt. Man bringt sie erst in Gefängnisse in Tripolis, von dort dann in Haftanstalten wie jene in dem Wüstendorf Al Qatran, nahe der Grenze zu Tschad. Drei Tage sind die Migranten in Lastwagen dorthin unterwegs. Dort sind mehr als fünfzig Personen in einen Raum gesperrt. Sie schlafen auf dem Boden, es gibt Schläge, Vergewaltigungen und Erpressung. Selbstmorde sind häufig.“ Italiens Innenminister Roberto Maroni nannte die Zusammenarbeit mit Libyen hingegen einen „historischen Erfolg“.

Der Druck zwang die Migrantinnen und Migranten, unter immer gefährlicheren Bedingungen aufzubrechen. Zwischen 2006 und 2008 stieg die Zahl der dokumentierten Ertrunkenen zwischen Italien und Libyen von 302 auf 642 im Jahr. „Die Dunkelziffer übersteigt diese Zahl um ein vielfaches“, schreibt Klepp. Für Silvio Berlusconi war dies kein Grund, die Zusammenarbeit nicht noch weiter zu treiben. Im März 2009 traf er im libyschen Syrte mit Gaddafi zusammen, um die Ratifizierungsurkunden für ein „Freundschaftsabkommen“ auszutauschen. Das Abkommen hatte es in sich: Angeblich als „Entschädigung für koloniales Unrecht“ sollen in den Jahren bis 2025 fünf Milliarden Dollar aus Italien nach Libyen fließen, größtenteils für Infrastrukturprojekte. Berlusconi fasste das Ziel so zusammen: „Weniger Flüchtlinge, mehr Öl.“

Flüchtlingsabwehr um jeden Preis

Rom trägt mitnichten allein die Schuld an dieser Tragödie. „Italien hat nur versucht, den schwarzen Peter weiter zu reichen“, schreibt der Jura-Professor Gregor Noll von der Universität Lund. „Das verwerfliche Geschacher zwischen Berlusconi und Gaddafi

ist nichts weiter als die logische Folge des verwerflichen Dublin II-Abkommens.“ Diese EU-Richtlinie legt fest, dass innerhalb des Schengen-Raums immer das Land für ein Asylverfahren zuständig ist, das einen illegalen Grenzübertritt nicht verhindert hat.

Dennoch ist die Praxis der direkten Zurückschiebung, die Italien seither vielfach praktiziert hat, ein Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Am 23. Februar dieses Jahres verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Italien wegen der direkten Zurückschiebung ohne Asylver-

fahren von 24 afrikanischen Bootsflüchtlingen nach Libyen. Das Land muss den Somalis und Eritreerinnen und Eritreern je 15.000 Euro Schmerzensgeld zahlen – viele von ihnen sind allerdings in der Zwischenzeit bei dem Versuch, erneut nach Europa zu gelangen, ertrunken. Das Gericht verwies darauf, dass Flüchtlingen in Libyen „unmenschliche Behandlung“ und Folter drohe. Dies habe auch Italien wissen müssen. Es hätte hierzu in der Tat genügt, einen Blick in offizielle Dokumente der EU zu werfen. In einem Bericht der EU-Kommission vom Dezember 2004 stand etwa, dass Migrantinnen und Migranten „willkürlich“ festgenommen und in Internierungslager gesperrt, Kinder von ihren Eltern getrennt, Frauen nicht vor Vergewaltigung geschützt würden.

Gestört hat das niemand. Im September 2006 schob der EU-Kommissar für Justiz und Inneres, Franco Frattini, die ersten drei Millionen Euro als Beihilfe zur Grenzsicherung nach Tripolis. Bald darauf trat die damals noch junge EU-Grenzschutzagentur Frontex auf den Plan. In einem von der Ethnologin Klepp zitierten Brief bat der stellvertretende Direktor von Frontex, Gil Arias, um Erlaubnis, in libyschen Gewässern zu patrouillieren und auf dem Wasser aufgegriffene Migrantinnen und Migranten zurückzuschicken. Bis heute ist dies nur italienischen Einheiten gestattet. Arias' Bitte wurde abgewiesen.

Der geplatzte Deal zwischen der EU und Gaddafi

Offenbar um Tripolis gnädig zu stimmen, setzte Frontex 2007 einen Bericht an die EU auf. „Dieser Bericht machte klar, dass Libyen nicht die Absicht hatte, die Genfer Flüchtlingskonvention zu unterzeichnen. Und anders als in früheren EU-Papieren finden sich auch keine Bemerkungen zur Menschenrechtssituation in Libyen oder inakzeptablen Haftbedingungen für Migranten darin“, schreibt Klepp. Dafür legte Frontex

einen Wunschzettel Gaddafis bei: Zur Grenzsicherung forderte er aus Brüssel unter anderem zehn Schiffe, zwölf Aufklärungsflugzeuge, 18 Hubschrauber, 22 voll ausgerüstete Kommandozentralen, 28 Patrouillenboote, 80 Pick-ups, 86 Lastwagen, 100 Schnellboote und 240 Geländewagen. In Brüssel entschied man, diese Ansprüche nicht zurückzuweisen, sondern in ein Gesamtpaket einfließen zu lassen. 2008 nahm man Verhandlungen über ein sogenanntes „Rahmenabkommen“ auf. Das sollte nicht nur die politischen Beziehungen, sondern auch Fragen der Energiepolitik und des Handels regeln – mittelfristig stand die Errichtung einer Freihandelszone als Ziel im Raum. Vor allem aber ging es um Flüchtlingsabwehr. Im September 2009 stellte der stellvertretende Direktor des EU-Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Hugues Mingarelli, einem Ausschuss des EU-Parlaments erstmals den Stand der Verhandlungen vor – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die grüne Europa-Abgeordnete Franziska Brantner war entsetzt: „Die Kommission wollte mit Gaddafi ein Rücknahmeabkommen abschließen, um unerwünschte Flüchtlinge aus ganz Afrika nach Libyen abschieben zu können.“ Auf Jahre hinweg hätte sich die EU so das Recht erkauft, massenhaft Flüchtlinge direkt in die finsternen libyschen Internierungslager abschieben zu können. Schon beim EU-Afrika-Gipfel im November 2010 sollte der Deal unterschriftsreif sein. Doch offenbar pokerte Gaddafi zu hoch: Neben Zahlungen in Milliardenhöhe verlangte er anscheinend auch Visafreiheit für die eigenen Landsleute. Die Verhandlungen jedenfalls kamen zu keinem Abschluss.

50 Millionen für das libysche „Migrationsmanagement“

Noch am 15. Februar 2011 empfing die EU-Kommission Gaddafis engsten Vertrauten, den damaligen libyschen Innenminister Abdul Fatah Younis in Brüssel. Die Aufstände in Libyen hatten da bereits begonnen, doch es war noch längst nicht absehbar, wer sich am Ende durchsetzen könnte. Und so sahen die politischen Beamten offenbar keinen Anlass, Younis anders als in den Jahren zuvor zu behandeln: Als hohen Gesandten eines wichtigen Bündnispartners. Man wollte die letzten Details eines Projekts klären, das Libyen und die Kommission im Juni 2010 verabschiedet hatten. In einem „Memorandum of Understanding“ bot die EU Tripolis „techni-

sche Hilfe und Zusammenarbeit“ für die Zeit von 2011 bis 2013 an. Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit sollte die „gemeinsame Verantwortung für die Herausforderung des Migrationsmanagements“ sein. Das hieß: Gaddafi bekommt 50 Millionen Euro aus Brüssel, damit er seine Grenzen für afrikanische Migrantinnen und Migranten noch weiter dichtmacht. Unmittelbar zuvor hatte Gaddafi den UN-Flüchtlingskommissar UNHCR aus dem Land geworfen, weil der sich zunehmend kritisch über die haarsträubenden Zustände in den

Anfang 2011 hatte Gaddafi den UN-Flüchtlingskommissar aus dem Land geworfen. In derselben Woche ließ er 18 Migrantinnen und Migranten aus Nigeria und Tschad hinrichten.

libyschen Abschiebelagern geäußert hatte. Weil Libyen in derselben Woche auch noch 18 Migrantinnen und Migranten aus Nigeria und Tschad hinrichten ließ, hatte das EU-Parlament Gaddafi in einer weiteren Resolution scharf kritisiert: Bei dem

„aggressiven“ Regime in Libyen seien in Sachen „Menschenrechte, Grundfreiheiten und Demokratie keine Fortschritte zu verzeichnen“. Die Kommission störte das nicht: Das „Memorandum of Understanding“ wurde unterzeichnet.

Trickreiche EU-Kommission

Vier Monate später, im Oktober 2010 reisten die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström und der EU-Kommissar für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik, Stefan Füle, nach Tripolis. Die Beziehungen zu Gaddafi hätten sich in den letzten drei Jahren „gut entwickelt, wir haben gemeinsame Interessen“, lobte Füle damals. „Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Libyen in allen Fragen der Migration hat hohe Priorität für die EU“, ergänzte Malmström. Die beiden wollten klären, wie sich die Zuwendungen an Gaddafi am besten deklarieren ließen, ohne zuviel Kritik zu provozieren. Die Lösung: Die Bediensteten in den libyschen Abschiebelagern sollten „Menschenrechtstrainings“ bekommen und in der Registrierung der Flüchtlinge geschult werden – und somit genau die Aufgabe erledigen, die bis zum Sommer der UNHCR übernommen hatte. Damit das EU-Parlament die Pläne der Kommission nicht verhindern konnte, hatte sie die für Gaddafi bestimmte Summe auf drei Haushaltsposten aufgeteilt und damit die Veto-Schwelle für die EU-Abgeordneten unterschritten. Was bei dem Treffen mit Innenminister Younis herauskam, ist unklar. Doch als die Nachrichten über die Kämpfe in dem Wüstenstaat in den Tagen nach seiner Visite immer dramatischer wurden, for Außenkommissarin Ashton das Geld ein.

Eine „Win-Win-Situation“

Das dürfte nun an die Rebellen fließen. Und die stellen sich rühlig an. Im Dezember 2011 etwa verbreiteten die sogenannten Revolutionstruppen stolz die Nachricht, rund 3.000 „illegale Einwanderer“ aus Asien und afrikanischen Staaten festgesetzt zu haben. Ein Sprecher der Einheit sagte einem libyschen Reporter, die Ausländerinnen und Ausländer hätten einer Menschenschmugglerbande jeweils rund 1.600 US-Dollar gegeben. Dafür sollten sie bis an die libysche Küste gebracht werden. Das Fernziel dieser „illegalen Einwandererinnen und Einwanderer“, die vom Tschad und vom Sudan aus nach Libyen kamen, sei Europa gewesen. Ende des Jahres wurde auch bekannt, dass die EU ein Projekt wieder aufnehmen will, um die libysche Grenzsicherung zum Niger mittels Satelliten aufzurüsten: Innerhalb des Programms „AENEAS“ zur „Bekämpfung der Ursachen der Migration in den Ursprungsländern“¹ hatte die Kommission seit 2009 das Projekt „Vernet-

zung der nigrischen Grenzposten im Satellitennetz“ gefördert, das Vorhaben jedoch annulliert. Nun erklärte der Generaldirektor für Inneres der Europäischen Kommission, Stefano Manservigi, er habe nichts gegen eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit mit Libyen einzuwenden.

Acht Wochen später, Mitte Februar versprach der Chef der libyschen Übergangsregierung, Ministerpräsident Abdelrahim al-Kib, dem belgischen Außenminister Didier Reynders ganz offiziell, „illegale Einwandererinnen und Einwanderer“ aus Afrika daran zu hindern, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Reynders sagte, Belgien sei bereit, Libyen in Sicherheitsfragen zu unterstützen. Sein Land könne bei der Ausbildung von Sicherheitskräften helfen und das Einsammeln der Waffen aus dem Krieg gegen die Gaddafi-Truppen unterstützen. „Wir wollen unsere Freunde und Partner im Norden schützen, indem wir die illegale Einwanderung bekämpfen“, entgegnete al-Kib.<

Christian Jakob
ist Redakteur der
„Tageszeitung“ und
lebt in Berlin

¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:071:1263:1264:DE:PDF>

Flüchtlingsschutz statt Grenzschutz – Aktiv gegen Rassismus!

alle anders
alle gleich

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

12.-25. März 2012

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de
www.interkultureller-rat.de

Interkultureller Rat
in Deutschland

